

# Zeitung

Deutsches Reich

Preis 1.00 Mark, vierteljährlich 4.00 Mark, durch die Post 4.50 Mark. Zusatztelungsgelder, Besondere werden von allen Reichsteilnehmern angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Zeitschriften eingetragene. Die Zeitschriften werden von allen Reichsteilnehmern übernommen. Die Zeitschriften werden nur mit der Zeitschriften-Zeitung geliefert. Ferner der Zeitschriften Nr. 1149, der Zeitschriften Nr. 1142, der Zeitschriften Nr. 1133, der Zeitschriften Nr. 1133, der Zeitschriften Nr. 1133, der Zeitschriften Nr. 1133.

Nr. 247.

Halle, Mittwoch, den 28. Mai.

1919.

## Die deutsche Antwortnote an die Entente.

**Berlin, 27. Mai.** (Eigene Drahtnachricht.) Die ausführliche deutsche Antwortnote auf die Friedensbedingungen der Entente wird am morgigen Mittwoch in Verfallens über den Tisch zu legen. Die Antwort steht in allen Einzelheiten bereits fest. Wir sind in der Lage, die folgenden Einzelheiten schon jetzt mitteilen zu können:

Allgemein ist zu bemerken, daß die deutschen Gegenwärtigen verlangen, den Widerspruch zwischen den menschlichen Bedingungen und ihren Verpflichtungen zu lösen. Die ganze deutsche Antwort ist in umfassender Weise beraten worden, Sachverständige wurden weitgehend gehört. Was umfangreiche Wert der deutschen Antwort ist in eine Mantelnote gefaßt, die die wichtigsten und wichtigsten Fragen behandelt. Diese Mantelnote beginnt mit einer schlagenden Verneinung der Forderungen unserer Feinde von einst und jetzt. Daran schließt sich eine Erörterung der Rechtsgrundlagen des Feindes. Endlich folgen die eigentlichen Gegenwärtigen, die sich in der Reihenfolge halten, wie sie durch die Ententebedingungen gegeben worden sind. Danach folgt auch die deutsche Note mit dem Völkerbund. Deutschland verlangt einen Völkerbund, in dem auch wir vollständig gleichberechtigt sind. Doch sollen nicht einige wenige Staaten den Ausschlag geben, wie bei der Bildung von 1815. Wir wenden uns dagegen, daß Deutschland nicht einmal auf der Liste derjenigen Staaten steht, die eingeladen werden sollen zum Beitritt zum Völkerbund.

**Zur Frage der Abrüstung**  
Führt die deutsche Note dann etwa aus: Wir erklären uns bereit, abzurüsten und sind dementsprechend einverstanden mit der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, jedoch unter der Voraussetzung, daß dies lediglich der Anfang einer allgemeinen Beschränkung der Bewaffnung aller Nationen sein soll. Deutschland geht davon aus, daß spätestens zwei Jahre nach Friedensabschluss auch die anderen Staaten ihre Abrüstung vorzunehmen. Das von der Entente für uns vorgeschlagene Heer von 100 000 Mann ist unannehmbar. Deutschland schlägt vor, daß das deutsche Heer innerhalb von zwei Monaten nach Abschluß des Friedensvertrages auf 150 000 Mann herabgesetzt wird. Nach einer weiteren Herabsetzung soll das deutsche Heer dann auf 200 000 Mann ermäßigt werden. Deutschland verlangt, daß es über die innere Organisation seines Heeres selbst entscheiden darf. Am meisten friedliche Stimmung weitgehend zu zeigen, verzichten wir auch auf die uns im Friedensvertrag der Entente zugesicherten sechs Linien Schiffe, die bei dem uns vorgeschriebenen kleinen Umfang doch von keiner besonderen Bedeutung wären. Deutschland erklärt sich weiter bereit, die Welttonnage anzubessern. Dabei geht unser Vorschlag weiter als der der Entente. Deutschland erklärt sich bereit, im ersten Friedensjahre 200 000 Tonnen und im zweiten Friedensjahre 200 000 Tonnen Schiffsraum heranzustellen. In den nächsten acht Jahren sollen 800 000 Tonnen aus deutschen Werften hergestellt werden. Deutschland verzichtet nicht auf dem Gebiete der Luftschiffahrt, sich allen Beschränkungen zu unterwerfen, denen die Mächte der Entente sich gleichfalls unterwerfen. Bezüglich der

**territorialen Fragen**  
verweist der deutsche Entwurf auf die verschiedenen Ausführungen des Präsidenten Wilson. Deutschland wird eine jede Landabtretung abgelehnt. Eine Volks-

abstimmung soll in allen strittigen Gebieten über die staatliche Zugehörigkeit entscheiden. Die deutsche Regierung verlangt die Volksabstimmung auch für Elsaß-Lothringen. Die Volksabstimmung in diesen soll gleichzeitig stattfinden. Die deutsche Regierung verlangt, daß in den Gebieten des Friedensvertrages die deutschen Truppen während der Zeit der Abstimmung zurückgezogen werden. Gleichzeitig wird verlangt, daß aber auch die Polen während der Zeit der Abstimmung ihre Truppen zurückziehen. Deutschland ist bereit, die Abstimmung von einer Kommission aus neutralen Ländern, die aus einem schwedischen, einem holländischen, einem norwegischen, einem schweizerischen und einem dänischen Vertreter bestehen soll, überwachen zu lassen. Endlich schließt Deutschland vor, daß die Festsetzung der inneren Ordnung in den Gebieten, in denen eine Abstimmung vorgenommen werden soll, durch neutrale Bundesstruppen erfolgen kann. Die Abstimmung soll nach dem deutschen Vorschlag in ganz kurzer Frist erfolgen.

**Deutschland fordert umgekehrt die Räumung der besetzten Gebiete im Westen.**

Es wird betont, daß es für Deutschland unerträglich wäre, wenn diese Gebiete länger besetzt blieben und wenn wir die Kosten für ein riesiges Besatzungsheer übernehmen sollten. Deutschland fordert deshalb, daß die Ententeheere innerhalb zwei Monaten nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages auf 150 000 Mann ermäßigt werden. Nach vier Monaten soll die Entente in den besetzten Gebieten des Westens nur noch 100 000 Mann haben und nach sechs Monaten soll die ganze Besetzung dieses Gebietes aufhören.

**Bezüglich der Kolonien**

fordert Deutschland die Zurückgabe aller uns genommener Gebiete. Deutschland ist dagegen bereit, diese Kolonien dem Völkerbund zur Verfügung zu stellen und nur als Mandatar zu übernehmen.

**Alsdann läßt sich die deutsche Antwortnote über die Straßburger Angelegenheiten**

aus. Des Kaisers wird mit keinem Worte Erwähnung getan. Deutschland stellt sich von Anfang an auf den Standpunkt, daß wir ein fremdes Gericht nicht anerkennen können. Wir sind aber damit einverstanden, daß ein neutrales Gericht eingesetzt wird, bei dessen Zusammenkunft wir mittäglich sind.

Dieser neutrale Gerichtshof soll jedoch nur über die prinzipielle Schuldfrage entscheiden, während es ein deutsches Gericht die Rechtsprechung selbst vornehmen würde. Die deutsche Antwortnote verweist hierauf darauf, daß die Bildung des Straßburger Gerichtshofes in Deutschland bereits in Vorbereitung ist.

Besonders umfangreich sind naturgemäß die Bestimmungen, die sich mit der wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen betreffen. Es wird anerkannt, daß Deutschland sich zur Wiederherstellung im Sinne Wilson verpflichtet hat.

Diese Bestimmungen, die bekanntlich auch Clemenceau in seiner letzten Note verworfen hat, gilt selbstverständlich nur für ein territoriales und wirtschaftliches unerschütterliches Deutschland. Deutschland fordert deshalb, daß ihm seine Gebiete nicht geraubt werden und daß ihm wirtschaftlich die weitgehendste Freiheit gegeben wird, ba es nur dann in der Lage ist, eine Wieder-

herstellung durchzuführen zu können. Deutschland verpflichtet sich in Anerkennung dieses Umstandes zu einer Zahlung von 20 Milliarden Mark zum Goldfuß, und zwar bis zum Jahre 1926. In Ausführung gebracht werden sollen alle Reparationen, welche die Deutschen machen. Deutschland schlägt eine Zahlung in der Höhe von, doch alljährlich ein gewisser Prozentsatz der deutschen Einnahmen an die Entente abgeführt wird. Dagegen lehnt Deutschland die Entschädigung an die feindlichen Kriegsschädigten, Witwen und Waisen ab. Die heutige Belastung durch die Renten würde bekanntlich allein 1/2 Milliarden Mark betragen. Die französischen Renten besitzen sich auf etwa 1/2 Milliarden Franken. Zu ähnlicher Höhe dürften sich die italienischen, russischen, amerikanischen usw. Renten belaufen, doch alljährlich 20 bis 25 Milliarden Franken für Renten zu zahlen wären. Das ist nach der deutschen Antwortnote für uns unannehmlich. Deutschland ist damit einverstanden, daß der Gesamtschaden bis zum 1. Mai 1921 festgestellt wird. Wir schlagen zwei Kommissionen vor, eine deutsche und eine fremdländische, die die Beiträge in gemeinsamer Arbeit festsetzen.

Weiterhin erklärt sich Deutschland bereit, an dem Wiederaufbau Belgiens und Nordfrankreichs mit eigenen Arbeitskräften mitzuwirken. Gefordert wird, daß der Gesamtschaden, den Deutschland zu ersetzen hat, die Summe von 100 Milliarden nicht übersteigen darf.

**Die Abrüstung des Abels**

lehnen wir ab, sind aber bereit, die Abels an eine internationale Gesellschaft des Völkerbundes anzugehen, wenn alle anderen Mächte das gleiche tun.

Obwohl lehnt Deutschland die Forderungen bezüglich der Rüstungsverbindungen ab. Die Forderung bezüglich der Rüstungsabgabe ist für Deutschland unannehmbar. Eine Verpflichtung zum Bau von Kanälen können wir nicht übernehmen. Wir sind bereit, einen Teil unserer Anlagen in Antwerpen und Rotterdam den Franzosen zu überlassen bzw. sie daran finanziell zu beteiligen. Weiter müssen wir ablehnen, nach den Höhen der Entente neue Eisenbahnen zu bauen, wie denn auch prinzipiell eine jede Einmischung der Entente in die Verkehrsverhältnisse Deutschlands abgelehnt wird.

Diese Bestimmungen, auf deren Einzelheiten wir in unserer Nachmittagsausgabe noch zurückkommen werden, heften das Schicksal des deutschen Entgegenkommens dar. Man wird damit rechnen müssen, daß von der rechten Seite her diese Bedingungen als zu weitgehend angesehen werden, während die äußerste Linke anfeindlich tagen wird, daß das Entgegenkommen für den Abschluß des Friedens nicht weitgehend genug ist. Man darf aber schon jetzt betonen, daß die deutsche Regierung den Mittelweg gegangen ist. Sie bemüht sich einseitig, zu weiteren Verhandlungen mit der Entente zu kommen, andererseits aber keine deutschen Lebensinteressen zu verletzen. An der Entente wird es jetzt liegen, zu entscheiden ob sie einen Frieden der Verständigung will oder nicht. Man ruft in Kreisen der deutschen Regierung damit, daß die Entente die umfangreiche Arbeit der deutschen Regierung erst in etwa acht bis zehn Tagen nach der einen oder anderen Entscheidung beantwortet wird.

Carl Helms.

### Proteststreik in Köln.

**Gegen die Gründung des Sonderstaates Rheinland.**

WTB. Köln, 27. Mai. (Drahtnachricht.) Infolge der in den letzten Tagen mit großer Bestimmtheit aufgetretenen Protestaktionen über die beabsichtigte Gründung des Sonderstaates Rheinland verordnete sich um die Mittagstunde das Gericht, daß die Auslösung durch eine Gruppe Parlamentarier in Rotens am heutigen Tage vollzogen werden soll. Infolgedessen hat die organisierte Arbeiterbewegung Kölns sofort, ohne daß die sozialdemokratische Parteileitung oder die Gewerkschaften eine Initiative hierzu ausgesprochen haben, die Arbeit eingestellt und die Fabriken verlassen, um durch eine öffentliche Kundgebung ihren festen Willen kundzutun, gegen jede Abtrennung der Rheinlande von Deutschland Front zu machen. Große Umsätze bewegten sich durch die Stadt, an denen tausende Arbeiter und Angestellte friedlicher kollektiver Betriebe teilnahmen. Die Kundgebungen verliefen in voller Ruhe und Ordnung. An vielen Punkten der Stadt wurden von einzelnen Rednern spontane Ansprachen gehalten. Der Eisenbahnverkehr ruhte für einige Stunden. An die Arbeiter wurde die Aufforderung gerichtet, morgen mittag die Arbeit wieder aufzunehmen. Von dieser amtlichen Stelle wird erklärt, daß die Auslösung bis zur Stunde nicht bemittelt ist und einem solchen Schritt auch mit allen rechtlichen Mitteln entgegenzutreten werden würde. Wie verlautet, kommt der heutige Generalstreik der Arbeiter nur der von den Gewerkschaften und Parteien ge-

planten Kundgebung zuvor. Eine Entschädigung der christlichen Gewerkschaften macht aus Ruhe und Besonnenheit mit dem Hinweis, daß über das Schicksal der Rheinlande weder durch die Besuche einiger Leute noch durch einen politischen Adressentrieb entschieden werde. Die Verantwortung dafür liege in erster Linie bei den gewählten Vertretern des Volkes, die aber namentlich mit der feindlichen Friedensdelegation verhandeln müßten.

**25 Mitglieder der amerikanischen Kommission legen ihre Ämter nieder.**

WTB. Berlin, 27. Mai. (Drahtnachricht.) Von amerikanischen Seite hören wir, daß insgesamt 25 Mitglieder der amerikanischen Sachverständigenkommission für die Friedensdelegation ihre Ämter zur Verfügung gestellt haben angesichts der wachsenden Unzufriedenheit mit den Friedensbedingungen.

**Widerstand gegen den Völkerbundplan.**

WTB. Amsterdam, 27. Mai. Der 'Nieuwe Rotterdamse Courant' meldet, daß im amerikanischen Senat der Widerstand der Republikaner gegen den Völkerbundplan des Präsidenten Wilson zunähme.

**Von Clemenceaus Rücktrittsgesüchten.**

WTB. Bern, 27. Mai. (Drahtnachricht.) Das Gerücht von einem bevorstehenden Rücktritt Clemenceaus

ist in den politischen Kreisen der Schweiz von vornherein mit starkem Mißtrauen aufgenommen worden. Der Bericht der 'Neuen Zürcher Zeitung', der das Gerücht widerlegt, faßt die Stimmung der Bevölkerung dahin zusammen: 'Nicht auf Partier Tendenzberichte.' Es steht demnach aus, als wenn das Gerücht ein reines Börsenmanöver gewesen wäre.

### Vom Flug Amerika—Europa.

WTB. Amsterdam, 27. Mai. (Drahtnachricht.) Eine Flugmaschine aus New York ist am 27. Mai um 11 Uhr 30 Minuten in London eingetroffen. Es wird erwartet, daß die Maschine in den frühen Nachmittagsstunden erreichen wird.

### Berlin—Konstanz in 4 Stunden.

WTB. Berlin, 26. Mai. Ein Postflugzeug der Deutschen Luftreederei legte am 26. Mai den Flug von Berlin nach Konstanz mit zwei Passagieren in vier Stunden und fünf Minuten zurück.

### Meuterei und militärischer Aufruhr.

WTB. Berlin, 27. Mai. Zu der Meldung der 'Freiheit' über die Todesurteile des Kriegsgerichts Antis vom 9. Mai ist zu bemerken: 1. Das Todesurteil ist nicht, wie die 'Freiheit' angibt, deshalb erfolgt, weil die Leute sich weigerten, in den Kriegszug einzutreten bzw. nach ein Jahr

**Anger zu dienen, sondern wegen Meuterei in Verbindung mit militärischem Aufruhr.** Wegen der gleichen Straftaten wurden 42 Mann des Regiments zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt, meistens herabgesetzt, wovon ein Drittel Meuterei angenommen hatte. 2. Das Kriegsgericht in Rom hat bereits am 9. Mai Befehlslos, Gnadenurteile zu befürworten. Ueber die Gnadenurteile entscheidet der Präsident des Reichsmilitärgerichts, 3. Es ist unklar, daß das Landesurteil dem Reichswehrminister vorkommt. Der Reichswehrminister ist für die Begünstigung nicht zuständig.

### Pländerungen in Ostpreußen.

WTB. Berlin, 27. Mai. Meldung des Wiener Korrespondenten. Die sozialistischen Pländer hatten für mehrere Tausend Pländerungen angeordnet. Die organisierte Arbeiterbewegung legte mittags die Arbeit nieder, um sich an den Kundgebungen zu beteiligen. Auf Anführung zweifelhafter Elemente, die sich in großer Zahl zur Versammlung auf dem Platz eingefunden hatten, kam es zu Ausschreitungen und Pländerungen. In mehreren Bezirken wurden die Fenster eingeschlagen und Waren aus den Läden verschleppt. Die Unruhen dauerten zwei Stunden. Truppen schritten ein und stellten die Ruhe wieder her. Mehr als hundert Verhaftungen wurden vorgenommen.

### Eine Pfischbootswehre in Bromberg.

WTB. Berlin, 27. Mai. (Königsberg). Die Stadterordnetenversammlung in Bromberg beschloß in öffentlicher Sitzung nach längerem vertraulichen Besprechen, mit Einkünften, einem aus der Verarmung herangezogenen Dringlichkeitsantrag auf Errichtung einer Pfischbootswehre anzunehmen und genehmigte die dazugehörige Ortsbesetzung. Die Pfischbootswehre bezweckt die Verhütung von Raub, Diebstahl und Plünderung und die Unterstüßung der Polizei in der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Zur Wehrung in der Stammrolle und Dienstleistung sind alle männlichen Einwohner von 18 bis 55 Lebensjahre auf Anforderung verpflichtet. Die Pfischbootswehre soll im Falle zwingender Not zur Verteidigung der Stadt in Tätigkeit treten.

### Ende des Textilarbeiterstreiks in Nordböhmen.

WTB. Jittau, 27. Mai. In dem großen Textilarbeiterstreik im benachbarten nordböhmisches und Reichenberger Industriebezirk ist eine Einigung zwischen den Streikenden und den Industriellen zustande gekommen. Die Arbeit wird beschleunigt morgen wieder aufgenommen.

### Der allgemeine Teil der deutschen Gegenvorschläge.

WTB. Berlin, 27. Mai. Der allgemeine Teil der deutschen Gegenvorschläge an die Entente behandelt im ersten Abschnitt die Rechtsgrundlagen der Friedensverhandlungen. Die deutsche Delegation ist an die Aufgabe des Friedensschlusses in der Rechtsüberzeugung herangetreten, daß in der Grundlage für die Gestaltung des Friedens weder die Entente noch die deutsche Regierung mehr frei ist. Vielmehr ergibt sich, wie durch Anführung von historischen Tatsachen erweisen wird, zwischen den beiden Parteien eine feste, verbindliche Basis der Friedensgrundlage in den 14 Punkten Wilsons.

Deutschland hat ein Recht auf diese Friedensgrundlage. Ihr Verstoß auf Seiten der Alliierten wäre der Versuch eines unzulässigen Einseitigen Friedens. Nach den eigenen Worten Wilsons muß der Friede auf dem Weg der Verhandlungen zustande kommen. Ein Diktatfriede wäre ein Bruch einer gegebenen Zusage.

Der zweite Abschnitt beschäftigt sich mit dem Widerspruch zwischen dem Vertragsgehalt und seinen Rechtsgrundlagen. Soweit die früheren Zusicherungen der feindlichen Staatsmänner und den allgemeinen Ideen des Völkerrechts. Unsere Gegner haben wiederholt versichert, daß sie den Krieg nicht gegen das deutsche Volk führten, sondern gegen eine imperialistische und unverantwortliche Regierung. Die neue Verfassung Deutschlands, die Zusammenfassung der Regierung entsprechen den kriegsrechtlichen Grundlagen der Demokratie. Die Wehrer von der militärischen Genierung zeigt sich auch in der von Deutschland vorgeschlagenen

**Waffenbeschränkung, die ein Abkommen über die Rüstungsbedingungen enthält.** Ueber diese Tatsachen will wohl unbedingt gelassen werden. Es ist kaum abzusehen, welche anderen Friedensbedingungen einer imperialistischen Regierung hätten angesetzt werden können. Auch die feindliche Überzeugung, daß der Friede ein Friede des Rechts, kein Friede der Gewalt sein soll, ist nicht eingehalten worden. Zunächst in den Territorialfragen. Kein deutsches Gebiet im Westen, Norden und Osten sollen von Deutschland losgelöst werden. Auch die Regelung der Kolonialfrage wird durch den Friedensvertrag nicht berührt.

Ueber sämtliche Forderungen des Friedensvertrages steht der Satz: Macht geht vor Recht.

So wenn sich die feindlichen Regierungen das Recht vorbehalten, alles deutsche Eigentum im Zustande zu liquidieren. Weiter, wenn sie verlangen, daß deutsche Staatsangehörige an Gerichte der feindlichen Großmächte ausgeliefert werden. Weiter soll Deutschland anerkennen, daß es für alle durch den Krieg hervorgerufenen Schäden verantwortlich ist. Die Höhe dieser Entschädigung soll durch eine lediglich feindliche Kommission ohne Anteil Deutschlands an der Beschlußfassung festgelegt werden. Der oberste Grundrecht der Einzelnen aber ist das Recht auf Selbstbestimmung. Mit diesem Grundrecht ist die Zustimmung, die hier an Deutschland gestellt ist, unvereinbar. Der Völkervertrag, dessen Statut eine Deutschlands Mitwirkung festsetzt, wurde, ist nur eine Fortdauer der gegenwärtigen Koalition, die den Namen Völkervertrag nicht verdient. Im Widerspruch zu den Versicherungen unserer Feinde, daß sie nicht auf eine Vereinbarung Deutschlands hinaus wollen, zeigt das Friedensdokument, daß Deutschland als Weltvolk gleichberechtigt anerkannt werden soll. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das in diesem Kriege zu den alten Grundrechten hinzugefügt war, wird in den Friedensverhandlungen verletzt. So in der Behandlung des Saargebietes, der Westfälischen Lippe, Namens und Preussisch-Pommern, in Elsaß-Lothringen, in der Grenzgebung über rein deutsche Territorien namentlich der polnischen Masurien, am Traisnien in der Ostpreußen Provinz und der Abtretung Memels. Das ist ein Verstoß, daß den Millionen Deutschen Deutsch Reichs der erstreckte Ansehens auf Deutschland zuzuwenden wird, und weiter Millionen Deutsche gewonnen werden sollen, bei dem neugebildeten tschechoslowakischen Staate zu bleiben.

Im dritten Abschnitt heißt es: Neben eine einzige Bestimmung des Vertragsentwurfs entspricht den vorkrieglichen Beziehungen.

Der Entwurf fordert Annexen rein deutscher Gebiete, Unterdrückung des deutschen Volkstums, bringt die wüste Verwüstung des deutschen Wirtschaftslebens und führt das deutsche Volk in eine der Weltgeschichte bisher nicht gekannte Katastrophe. Seine Verwirklichung würde für die ganze Welt ein Unglück bedeuten. Dann folgen die Gegenvorschläge. (Siehe erste Seite).

### Preussische Landesversammlung.

WTB. Berlin, 27. Mai. 24. Sitzung. Am Ministerlich Hirsch, danach u. a. Abgeordneter Dr. Freytag eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten. Eine förmliche Anfrage über die Entwertung der Kriegsanleihen wird an einem noch zu vereinbarenden Tag beraten werden. Zur Fortsetzung der ersten Beratung des Gelehrtenwurses zur Aufhebung der Ortsaufsichtsinstitutionen.

erklärt Abg. v. Kipfel (Dem.): Die Postlage läßt das Verprechen der Regierung nur zum Teil ein. Die Zeit, wo die geistliche Schulaufsicht ihre Berechtigung hatte, liegt hunderte Jahre hinter uns. Die Lehrerhaftigkeit fällt sich durch die geistliche Schulaufsicht getrennt und entwöhnt. Nichts, das sich die Geistesfreiheit für die soziale Bildung des Lehrerstandes einseigt. Dem Zentrum gegenüber betonen wir, wir werden bei kein Gesetz zu haben sein, das trotz der Aufgabe der geistlichen Schulaufsicht durch eine Hintertür die Geistesfreiheit wieder in die Schule eintreten und dort regieren läßt. Abg. v. Kipfel (Dem.): Die Besetzung der geistlichen Schulaufsicht wird erst das rechte Vertragsverhältnis zwischen den beiden Einrichtungen herstellen.

Die religiöse Erziehung der Kinder muß übergestellt sein. Die Simultanfrage lehnen wir ab. Sie darf nicht die Schule

Der Zukunft werden. Wie treten ein für die freie Schulgemeinde. An der bewährten Rektorskonferenz. Die Postlage verleiht eine Förderung der früheren liberalen Partei. Wir begrüßen den Entwurf und sehen in ihm keinen Angriff gegen die Kirche. Die Einheitsfrage ist bei der gegenwärtigen Finanzlage unüberwindlich. Die Wahl der Rektoren durch die Lehrer lehnen wir ab. Abg. Wolf (Sozialdem.) (U.S.): Die Lehrer werden wohl sehr erstaunt gewesen sein, als sie das Diktat des Ministers auf die geistliche Ortsaufsicht impetion laßen. Der Kreisinspektorsoll aus allgemeiner Wahlen der Lehrer und Lehrerinnen hervorgeht. Kultusminister Henrich: Ueber die Frage der kollegialen Schulleitung haben bereits Beratungen im Ministerium statt. Die Einführung der hauptamtlichen Kreisinspektorsoll durch Fachmänner läßt sich aus finanziellen Rücksichten nicht überall durchführen. Wir werden teilweise also noch auf die nebenamtliche Schulaufsicht vorübergehend sein am gemieden sein. Das System der Lehrerträte wird wohl noch weiter ausgebaut werden können. An der Ortsaufsichtsaufsicht als solcher habe ich schon Kritik geübt. Das hindert mich aber niemals, aus politischer Höflichkeit anzuerkennen, daß die große Mehrzahl der Geistlichen mit Hingabe ihres Amtes gewaltet hat. Abg. Klingemann (Dn.): Dem Rektorsratgeheimnis gebe ich den Vorzug vor der kollegialen Schulleitung. Abg. Gerold (Ztr.): Ich habe im Namen des Zentrums eine Erklärung abgegeben: Im Westen Preußens, insbesondere in der Rheinprovinz, haben die bescheidenen von Monaten Bestrebungen geltend gemacht, einen selbständigen Kreisrat in den Verband des Deutschen Reiches zu gründen. Die Anhänger dieses Gedankens setzen voraus, daß durch den festen Zusammenhalt des innerpreussischen Gebietes mit dem Reich wachen zu können. Die vordienenden Friedensbedingungen geben aber klar, daß nur noch völlige Einigkeit und Geschlossenheit uns vor dem größten Unglück der Zersplitterung retten kann. Wir fordern daher dringend, alle Sonderbestrebungen von innen und aus Spaltungsvorwürde von außen einmütig zu bekämpfen. Die endgültige Gestaltung des Reiches und der Gliederstaaten muß von dem gesamten Volke gewählten Instanzen im Einvernehmen mit der preussischen und der Reichsregierung vorbehalten bleiben. Das Zentrum hat daher schon am 23. Mai dem folgenden Beschluß gefaßt: Die Zentrumsratler haben keinerlei Kenntnis gehabt von den Besprechungen der Herren Rudolph und Küster mit den franösischen Diplomaten über eine rheinische Republik. Die Herren haben sich nicht mit eigener Verantwortung gehalten, und mit äußerster Befremden hat die Fraktion von dieser Tätigkeit Kenntnis genommen. Es mißbilligt das Vorgehen aus dem entschieden. — Nach unerklärlicher weiterer Debatte geht die Verlage an die auf 27 Mitglieder verstärkte Interdisziplinäre Reichliche Sitzung Mittwoch 12 Uhr: Für die nächsten Anträge und Anträge. Schluß 4 1/2 Uhr.

### Verwaltungsreform und kommunale Arbeiterräte.

Hauptausfluß der Preussischen Landesversammlung. Der Staatshaushaltsausschuß der Preussischen Landesversammlung am 23. d. M. in die Beratung des Entwurfs des Ministeriums des Innern ein. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden sprach zunächst eine Aussprache über die Grundzüge der Reform, die bei der Gestaltung und Umstellung von höherer Verwaltungsbahnen neuerdings Maß gegeben haben. Es herrschte Uebereinstimmung darüber, daß in einer Uebersichtigen Erörterung Vorbereitung für die Lösung der Verwaltungsfragen sein müßte. Der Minister des Innern erklärte die Wichtigkeit der Verwaltungsbeamten des alten Regimes an und erklärte, daß neben der sachlichen Eignung für die Befolgung der Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Vordrantsräter der Selbstverwaltung maßgebend sein müßte, daß die Betreffenden das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung besäßen. Die parteipolitische Stellung komme dabei weniger in Frage, wenn auch zuzugeben sei, daß bei der kürzlich erfolgten Erneuerung neuer Oberpräsidenten in einer

### Das Rosenhaus.

Roman von Fritz Gauher.

68. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)  
„D, gewiß! Und man hungert diesem Kumpelchen zu Gefallen sogar. Leider ist unser Magen zu wenig Deaktiv, Herr Doktor. Er rebelliert. Und es hastet einem so viel von menschlichen Schwächen an, daß der schönste Idealismus mitunter darin erlischt oder doch wenigstens nicht in die Höhe fliegt.“  
„Alles zugegeben! . . . Werben Sie nur nicht mutlos. Verlieren Sie den Glauben an Ihre Kräfte nicht. Am Ende gibt es auch für Sie einen Erfolg.“  
„Wenn ich tot bin.“  
„Nein, der Sarkasmus heßt Ihnen gar nicht. Fragen Sie mit frischem Mut und im Vertrauen auf Ihre Kraft ein neues Werk an. Und Sie werden sehen: es muß zuletzt „Sieg“ heißen.“  
„Bredentamp hatte sich erhoben und war leise auf und ab gegangen. Nun blieb er dicht neben Beerbach stehen. „Sie sind von einer beruhigenden Sicherheit, lieber Herr Doktor. Sie geben mir neue Stärke. Ja, ich will es versuchen, mich durchzusetzen, ich will nicht ablassen. Und vielleicht kann ich Ihnen bald einmal schreiben, daß es . . .“  
„Wieso schreiben?“ unterbrach Beerbach veräundert. „Sie sind doch hier. Hoffentlich noch recht lange hier. . .“  
„Nein, Herr Doktor, morgen früh will ich fort.“ sagte Bredentamp fest.  
„Beerbach stand häufig auf. „Was sollen fort? Ich bin völlig überhäuft. Dort ich wissen, was Sie zu Ihrem Vorhaben veranlaßt?“  
„Bredentamp nickte unschlüssig zu Boden. Eine tiefe Erregung piegelte sich in seinem Gesicht.“  
„Ist es die Unruhe in diesem Hause?“ forschte Beerbach, als seine Frage unbeantwortet blieb. „Ich könnte mir schon denken, daß dies der Grund sein möchte. Denn arbeiten, so wie man es sich wünscht, vermag hier kein Mensch.“ Er tat ein paar flüchtige Schritte. „Wenn ich nur wüßte, wohin ich gehen soll, ich würde dies Haus sofort verlassen. . . Es ist ein . . . Wie sagen Sie etwas?“

Er war stehen geblieben und sah Bredentamp in das ruhig gewogene Gesicht.  
„Herr Doktor, ich wüßte nichts, das mich veranlassen sollte. Ihnen die Wahrheit zu verheimlichen. . . Ich habe in diesem Hause, das ich mir so geliebt erheiß, eine Enttäuschung bitterster Art, der allerbittersten, die es im Leben gibt, erfahren müssen. Eine große, tief Hoffnung erfüllte sich mir nicht. . . Es sprachen vorhin von Uebernennen Kinder. . . von Kosemarie. . . Ich glaube, Sie verstehen mich.“  
„Armer Bredentamp!“ sagte Beerbach traurig und setzte seine Rechte auf Heinz' Schulter. „Du allem auch das noch.“  
„Ja, es ist hart, wie schwer Ihnen das Leben auch ist. Und ich will keine leeren Redensarten von „Trost“ und „Stärke“ machen. Ich kann Sie auch nicht bitten: Bleiben Sie! Bredentamp schloß die Hand seine Genacke. . . Es liegt ganz bei Ihnen, was Sie tun.“  
„Sie standen sich schweigend, wie in Unsicherheit erstarrt, gegenüber. Die Dämmerung war ganz gewiß geworden und hüllte beide ein. . . Im gemächlichen Laft tinte die alte Standuhr ihre Weise. . . Leise und vertraumt. . . Von draußen her kam das helle Getöse jubelnder Rinderstimmen: die Juggarde aus Spandau trieb ihr Spiel, lustig um das Haus jagend. . . Wädhlig verstimmt das Rauschen. Es war wie abgemittelt. Wie gestirbt, einen jähren, gewaltigen Tod.“  
„Und dann ein Schrei im Sturm. Laut, angstvoll, schillernde Bestürzung verdrängend. Es mußte ein Laut aus Emilie Kriebels Mund gewesen sein. . . Eine fremde Stimme sagte: Marie.“  
Die beiden Männer lauchten auf, ahnten ein Unglück und wollten zur Tür.  
„Sie sie diese Absicht zur Ausführung zu bringen vermochten, wurde die Tür nach einem herrlichen Anstoßen geöffnet. Ein Fremder trat über die Schwelle, verbeugte sich lässig und sagte, etwas nehmend, mit fremdem Akzent: „Verzeihung!“ Sein Auge, kühl und groß, rühte herausfordernd auf Beerbachs Gesicht. „Ich habe wohl das Vergnügen, Herrn Doktor Beerbach zu sehen?“  
Der Doktor trat einen Schritt vor. „Sowohl, was wünschen Sie, bitte?“  
„Ich möchte mich Ihnen vorstellen. . . Ich bin Mathias Brunnmüller, des verstorbenen Mathias Brunnmüllers

Sohn. . .“ Ich darf Sie um eine Besprechung unter vier Augen bitten.“  
„Es können im Leben Verhältnisse eintreten, die mit der Möglichkeit dieses Kommiss, mit der graumalen Härte ihre Weisens vollständig sponlos machen und uns berühren wie Dinge aus einer anderen Welt. Die uns gewissermaßen gegen eine Wand pressen und uns mit einem rohen Faustgriff die Rechte zubrüden, daß der Atem verrinnt, Vöcker, grün, klau gelbe, rote, vor den Augen tanzen und der Anglisthose aus allen Poren fridit.“  
In diesem Zustande ungefähr befand sich Doktor Beerbach, als der Name Mathias Brunnmüller an sein Ohr geklungen war. Eine tief-sehnde Erleuchtung wühlte sein Inneres auf. Er mußte sich zwingen, nicht einen Schritt zu tun.  
„Bredentamp entfernte sich in bekümmertem Haß. Das Schließen der Tür ließ Beerbach zurückzudenken und rü ihm zurück: er fand endlich ein Wort der Erörterung.“  
„Ich stehe zu Ihrer Verfügung. . .“ sagte er, aber fähig, lallend fast, und was auf einen Einzug. „Bitte sehr.“ Er sah, wie der Anstömmling Platz nahm und verharren selbst wie angezurrt.“  
„Aber bitte, wollen Sie sich nicht aussetzen?“ fragte Mathias Brunnmüller, während er seine heftigste jeidende Fremde auf ihren tabellosen Sitz hin betratte und dabei die ringsgeschmiedeten Finger der Linken übermäßig freizog. Er lächelte müde und fuhr fort: „Ich stehe es nicht, eine gewisse Unruhe um mich zu haben. Und wenn Sie stehen bleiben, so würde mich das total nervös machen.“  
„Wohlgelassen erlauben Sie, daß auch meine Frau bei der Unterredung zugegen ist?“ fragte Beerbach im Gefühl einer großen Hilfslosigkeit. . . „Auch wird es nötig sein, erst die Lampe . . .“  
„D nein! Wollen Sie sich, bitte, setzen. Ihre Frau Gemahlin sehe ich schon nachher. Nicht wünsche ich zumächst. So ist noch genügend hell.“  
„Beerbach setzte sich geboriam. Ein Sinnen professorer Art, jede freie Willensäußerung hemmend, ging von diesem Manne aus. Man mußte sich einfach fügen.“  
(Fortsetzung folgt.)

Wahlkreise man auf die letzten Regierungsparteien eine gewisse Rücksicht genommen habe.  
 Der Minister bekannte sich ferner zum Grundgedanken einer Neuorganisation der Kreise; die Landräde würden nachsichtlich nach der neuen Verwaltungsreform in die Wahlkreise Bürgermeister durch die Kreise auf eine bestimmte Anzahl von Jahren gewählt werden. Offen sei nach die Frage, ob man die Oberpräsidenten ihre bisherigen Machtbefugnisse belassen sollte, falls an der zentralistischen Struktur des preussischen Staates nichts geändert werde, was zu hoffen sei. Sollte durch die Neuorganisation das Gefühl des preussischen Staates wesentlich beeinträchtigt werden, so würden die Oberpräsidenten in ihrer bisherigen Stellung zu erhalten sein.

Der Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Demokratischen Partei und der Deutschnationalen Volkspartei wurde verlangt, daß die kommunalen Arbeitervereine ihre Tätigkeit einzustellen hätten, nachdem die auf demselben Grundgedanken stehenden Wahlen zu den kommunalverordneten erfolgt seien. Es kamen dabei außerordentlich wichtige Tatsachen über die ungeheuren Kosten zur Sprache, die einzelne Arbeitervereine verurteilen. So wurde mitgeteilt, daß die 24 Mitglieder des Berliner Volksgewerks ein Jahresgehalt von je 14000 Mark erhalten; eine Senkung des Gehalts würde eine Summe von 35 Mk. täglich. Daneben habe sich der Volksgewerks ein Zusatzgehalt mit 18 Mk. bezogen, aus zwei Kellern, die aus dem Gehalt selbst werden. Den Groß-Berliner Gemeinden ermühen durch den Volksgewerks Ausgaben in Höhe von 1 Mill. jährlich.

Der Minister des Innern erklärte, daß für die kommunalen Arbeitervereine kein Raum mehr sei. Das selbe trafe für die Arbeitervereine bei den anderen Verwaltungen zu. Auch ein sozialdemokratischer Abgeordneter hielt die kommunalen Arbeitervereine für überflüssig, nachdem das kommunale Wahlrecht in den Gemeinden durchgeführt sei. Es würde erkannt werden, daß von den Arbeitervereinen nichts zu erwarten sei, da sie sich nicht auf die Durchführung der Arbeit befähigt haben.

### Halle und Umgegend.

#### Arbeiterausschüsse und Betriebsräte bei der Staatseisenbahnverwaltung.

In der vergangenen Woche haben im Ministerium der öffentlichen Arbeiten mit den Vertretern der Verbände der Eisenbahnarbeiter wiederum Verhandlungen über die im Bereich der preussischen Staatseisenbahnverwaltung neu zu bildenden Arbeitervertretungen stattgefunden. Zum Abschluß gekommen sind die Verhandlungen nach nicht, indessen soweit gefördert, daß es anzunehmen erscheint, über den Entwurf der Verwaltung und die bisherigen Verhandlungen Mitteilung zu machen.

Die von der Nationalversammlung genehmigte Verordnung über Arbeitsverträge, Arbeiter- und Angestelltenvereine und die Errichtung von Arbeiterausschüssen bei den Eisenbahnen ist die Errichtung von Arbeiterausschüssen bei den Eisenbahnen des Reiches und der Bundesstaaten auf Grund besonderer Vereinbarungen zwischen der zuständigen Verwaltung und den beteiligten Arbeitnehmerverbänden vor. Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten hat demnach einen Entwurf ausgearbeitet, der die Grundlage der Verhandlung bildet. Dieser Entwurf ist von der Nationalversammlung genehmigt worden. Die Eisenbahnarbeiter und jeder Dienststelle mit mindestens 20 Arbeitern. Durch die Errichtung kleiner Dienststellen zu einem Wahlkörper ist dafür gesorgt, daß jeder Arbeiter der Staatseisenbahnverwaltung eine gewisse Anzahl von Wählern hat. Die Eisenbahnen sind in dem Verhältnis der Arbeiter zu den Dienststellen im allgemeinen, denn das Gesetz vom 23. Dezember sieht die Errichtung von Arbeitervertretung nur in Betrieben von mindestens 20 Arbeitern vor, so daß alle in kleineren Betrieben tätigen Arbeiter ebenfalls in die Arbeitervereine einbezogen werden. Der Ministerium für den Reichsbahn-Bau, der Eisenbahnen, soll die Rechte der Arbeitervereine geben, aus 20 Mitgliedern bestehende Arbeiterkommissionen zu bilden, in die sowohl Eisenbahnarbeiter als in gewisser Umfang Angestellte der Arbeitervereine gewählt werden dürfen. Das allgemeine Wahlrecht für alle Betriebsstellen der Eisenbahnen wird, die Verwaltung alle mindestens 20 Arbeiter und Angestellten. Alle Wahlen finden nach den Grundregeln der Verhältnisse statt.

Als Regel für die Entwurf gemeinsame Sitzungen der Arbeitervereine mit den zuständigen Verwaltungsorganen vor. Es bleibt jedoch den Arbeitern unbenommen, auch unter sich Beratungen abzuhalten, so oft es ihnen nötig erscheint.

Da die Arbeitervereine bei den Direktoren und die Arbeiterkommissionen vor periodisch zu Sitzungen werden aufzusuchen, sind die Wahlen der Direktoren aus ihrer Mitte vorgezogen, die Wahlen der Arbeitervereine mit den Direktoren und dem Ministerium aufzusuchen soll.

Die Arbeitervereine, die dieser Entwurf regelt, werden anerkannt als berufene Vertretung der Arbeiterschaft in allen Angelegenheiten des Eisenbahnwesens, die die Interessen der Arbeiter betreffen. Die Arbeitervereine werden in der Verwaltung der Eisenbahnen tätig sein. Die Arbeitervereine werden in der Verwaltung der Eisenbahnen tätig sein. Die Arbeitervereine werden in der Verwaltung der Eisenbahnen tätig sein.

Durch ein besonderes Verfügungsgesetz wird darüber festgestellt, daß die Arbeitervereine, die in den Eisenbahnen tätig sind, die Interessen der Arbeiter betreffen. Die Arbeitervereine werden in der Verwaltung der Eisenbahnen tätig sein. Die Arbeitervereine werden in der Verwaltung der Eisenbahnen tätig sein.

Mit dem Gesetze ergibt sich, daß den Eisenbahnen, die Direktoren, Arbeitervereine und die Arbeiterkommissionen erhebliche Aufgaben zugewiesen werden sollen, als die alten Arbeitervereine. Die Arbeitervereine, die in den Eisenbahnen tätig sind, die Interessen der Arbeiter betreffen. Die Arbeitervereine werden in der Verwaltung der Eisenbahnen tätig sein. Die Arbeitervereine werden in der Verwaltung der Eisenbahnen tätig sein.

daher vorzuziehen, daß neben den durch die Entwurf neu zu bildenden Arbeitervereinen die bestehenden Eisenbahnarbeitervereine, soweit sie sich weiterentwickeln können, bestehen bleiben. Die Eisenbahnarbeitervereine, die in den Eisenbahnen tätig sind, die Interessen der Arbeiter betreffen. Die Arbeitervereine werden in der Verwaltung der Eisenbahnen tätig sein. Die Arbeitervereine werden in der Verwaltung der Eisenbahnen tätig sein.

Offensichtlich ist es, durch die bündige Wiederannahme der Verhandlungen seitens der Verwaltung erstrebte Ziel im Einklang mit den Arbeiterverbänden endlich zu erreichen.

### Neue Bestimmungen über den Verbrauch von Pferdefleisch.

#### Kommunalisierung der Fleischwirtschaft.

Die Mitteilungen aus dem Reichs Ernährungsamt schreiben: Die gegenwärtigen Zustände im Handel mit Pferdefleisch haben den Reichs Ernährungsminister veranlaßt, eine neue Verordnung über den Verbrauch von Pferdefleisch und gleichzeitig damit über Erlaubnis zur Einfuhr, die mit Wirkung vom 1. Juni 1919 ab in Kraft tritt. In dieser Verordnung werden für Fleisch von Schlachtpferden die Preise festgesetzt, während die weitere Regelung, insbesondere die Fleischverkauf und die Preise bei Abgabe an den Verbraucher, den Landeszentralbehörden und den Kommunalbehörden überlassen worden ist. Die Schlachtung der Pferde selbst soll in Zukunft nur durch die kommunalen Arbeitervereine ermöglicht werden. Hinsichtlich der Herstellung von Fleisch in Zukunft nur noch frisch aus Pferdefleisch hergestellt werden dürfen, und zwar auch nur durch die kommunalen Arbeitervereine. Die Herstellung von Fleisch aus Fleisch, das unter der Bezeichnung Fleisch, Fleischwaren, Würst, angebotene Ware in vielen Fällen aus Pferdefleisch besteht oder solches enthält und das Fehlen eines Höchstpreises für jedes Stück einen erheblichen Anreiz zur Verwendung von Pferdefleisch bietet, wird der Verkauf dieser Erzeugnisse zu höherem als dem für Fleisch aus Schlachtpferden festgesetzten Preis nur in den von den Gemeinden oder Kommunalverbänden bestimmten Verkaufsstellen gestattet.

Die Zuwiderhandlungen werden mit den bisher bestehenden Strafbestimmungen bestraft. Als besonderes Mittel, dem unehrlichen Fleischhandel zu begegnen, wird dem Bundesrat empfohlen, daß er von ihnen bestimmte Befugnisse hinsichtlich der Fleischwirtschaft erteilt. Die Bestimmungen sind dem Reichs Ernährungsamt zur Ausführung zu überlassen.

Die Vorschriften über Pferdefleisch werden auch in der neuen Verordnung über die Herstellung von Fleischwaren aus Fleisch, Fleischwaren und Mehlwaren am Ende der Verordnung.

### Gründung eines Reichsverbandes deutscher Bergbauangestellter.

Am 25. Mai haben sich in Halle Vertreter von etwa 18 000 Angestellten des gesamten deutschen Bergbaus, Eisenerzes, Braunkohles, Erz, Kalkstein, aus Rheinland, Westfalen, Mitteldeutschland, Schlesien, Sachsen und der Gegend um Hannover, an der Spitze des Reichsverbandes deutscher Bergbauangestellter, der sich zur Zeit in Halle befindet, im Reichsverband der Arbeitervereine, in Halle einmütig beschlossen. Der Reichsverband stellt auf die Errichtung eines Reichsverbandes deutscher Bergbauangestellter, der sich zur Zeit in Halle befindet, im Reichsverband der Arbeitervereine, in Halle einmütig beschlossen. Der Reichsverband stellt auf die Errichtung eines Reichsverbandes deutscher Bergbauangestellter, der sich zur Zeit in Halle befindet, im Reichsverband der Arbeitervereine, in Halle einmütig beschlossen.

Das Eingehen, unter dem Vorsitz des Geschäftsführers der Vereinigung der Angestellten des gesamten deutschen Bergbaus, in Halle einmütig beschlossen. Der Reichsverband stellt auf die Errichtung eines Reichsverbandes deutscher Bergbauangestellter, der sich zur Zeit in Halle befindet, im Reichsverband der Arbeitervereine, in Halle einmütig beschlossen. Der Reichsverband stellt auf die Errichtung eines Reichsverbandes deutscher Bergbauangestellter, der sich zur Zeit in Halle befindet, im Reichsverband der Arbeitervereine, in Halle einmütig beschlossen.

Die Errichtung einer Streikunterstützung, und einer Arbeitervereine, die sich zur Zeit in Halle befindet, im Reichsverband der Arbeitervereine, in Halle einmütig beschlossen. Der Reichsverband stellt auf die Errichtung eines Reichsverbandes deutscher Bergbauangestellter, der sich zur Zeit in Halle befindet, im Reichsverband der Arbeitervereine, in Halle einmütig beschlossen.

Der Reichsverband der Arbeitervereine, die sich zur Zeit in Halle befindet, im Reichsverband der Arbeitervereine, in Halle einmütig beschlossen. Der Reichsverband stellt auf die Errichtung eines Reichsverbandes deutscher Bergbauangestellter, der sich zur Zeit in Halle befindet, im Reichsverband der Arbeitervereine, in Halle einmütig beschlossen.

Der Reichsverband der Arbeitervereine, die sich zur Zeit in Halle befindet, im Reichsverband der Arbeitervereine, in Halle einmütig beschlossen. Der Reichsverband stellt auf die Errichtung eines Reichsverbandes deutscher Bergbauangestellter, der sich zur Zeit in Halle befindet, im Reichsverband der Arbeitervereine, in Halle einmütig beschlossen. Der Reichsverband stellt auf die Errichtung eines Reichsverbandes deutscher Bergbauangestellter, der sich zur Zeit in Halle befindet, im Reichsverband der Arbeitervereine, in Halle einmütig beschlossen.

weri forberie Herr Abgeordneter Debus an reger Mitarbeit. Die nächste Zusammenkunft findet am Freitag Abend im „Allerhaus“ statt.

Mit dem Verlassen der Zunderbänke ist in der Umgegend begonnen worden.

### Provinzial-Nachrichten.

X aus dem Minister, 27. Mai. (Aehrenschmid) von Winterfeldt wird bei ihm nachfolgend in den Büren angetroffen. Große Winterfelder sind schon länger von verschiedenen Käufern angekauft und liefert sehr edelgen Erträge; auch in diesem Jahre scheint der Ernteausfall ein erheblicher zu werden.

+ Bülzitz, 27. Mai. Der Verkauf des Palmhaums der von Herrn Gastwirt Otto Hömann hier innegehabt „Golfhof zum Palmbaum“ ist durch Verkauf in den Besitz des Herrn Käufer aus Leipzig übergegangen. Der Verkaufspreis belief sich auf 100 000 Mk. betragen. Herr Dr. ein Spezialgeschäft in Lindenhalde, Leipzig übernahm.

II Wetzlar, 27. Mai. (Von Eintrachern) ist die veranderte. In einer der letzten Wochen brach die in die benachbarte Gemeinde ein und trafen Arbeiter und Mädchen. Der von einer Heilung heilende Beige überdachte sie und der sie erkrankte Schilger wurde ein junges Mädchen, die Heilung, die mit mehreren Personen ebenfalls vom Unglück betroffen, durch einen Säuugling, die Heilung. Die Heilung erlitten in der Richtung nach Kassel. Das Mädchen wurde noch in der Nacht in eine Klinik nach Mainzburg gebracht, wo es indessen schon verstorben sein soll.

II Wetzlar, 27. Mai. (Wilderung der hohen Vögel) ist die veranderte. In einer der letzten Wochen brach die in die benachbarte Gemeinde ein und trafen Arbeiter und Mädchen. Der von einer Heilung heilende Beige überdachte sie und der sie erkrankte Schilger wurde ein junges Mädchen, die Heilung, die mit mehreren Personen ebenfalls vom Unglück betroffen, durch einen Säuugling, die Heilung. Die Heilung erlitten in der Richtung nach Kassel. Das Mädchen wurde noch in der Nacht in eine Klinik nach Mainzburg gebracht, wo es indessen schon verstorben sein soll.

II Wetzlar, 27. Mai. (Wilderung der hohen Vögel) ist die veranderte. In einer der letzten Wochen brach die in die benachbarte Gemeinde ein und trafen Arbeiter und Mädchen. Der von einer Heilung heilende Beige überdachte sie und der sie erkrankte Schilger wurde ein junges Mädchen, die Heilung, die mit mehreren Personen ebenfalls vom Unglück betroffen, durch einen Säuugling, die Heilung. Die Heilung erlitten in der Richtung nach Kassel. Das Mädchen wurde noch in der Nacht in eine Klinik nach Mainzburg gebracht, wo es indessen schon verstorben sein soll.

### Vermischtes.

II Wetzlar, 27. Mai. (Wilderung der hohen Vögel) ist die veranderte. In einer der letzten Wochen brach die in die benachbarte Gemeinde ein und trafen Arbeiter und Mädchen. Der von einer Heilung heilende Beige überdachte sie und der sie erkrankte Schilger wurde ein junges Mädchen, die Heilung, die mit mehreren Personen ebenfalls vom Unglück betroffen, durch einen Säuugling, die Heilung. Die Heilung erlitten in der Richtung nach Kassel. Das Mädchen wurde noch in der Nacht in eine Klinik nach Mainzburg gebracht, wo es indessen schon verstorben sein soll.

II Wetzlar, 27. Mai. (Wilderung der hohen Vögel) ist die veranderte. In einer der letzten Wochen brach die in die benachbarte Gemeinde ein und trafen Arbeiter und Mädchen. Der von einer Heilung heilende Beige überdachte sie und der sie erkrankte Schilger wurde ein junges Mädchen, die Heilung, die mit mehreren Personen ebenfalls vom Unglück betroffen, durch einen Säuugling, die Heilung. Die Heilung erlitten in der Richtung nach Kassel. Das Mädchen wurde noch in der Nacht in eine Klinik nach Mainzburg gebracht, wo es indessen schon verstorben sein soll.

II Wetzlar, 27. Mai. (Wilderung der hohen Vögel) ist die veranderte. In einer der letzten Wochen brach die in die benachbarte Gemeinde ein und trafen Arbeiter und Mädchen. Der von einer Heilung heilende Beige überdachte sie und der sie erkrankte Schilger wurde ein junges Mädchen, die Heilung, die mit mehreren Personen ebenfalls vom Unglück betroffen, durch einen Säuugling, die Heilung. Die Heilung erlitten in der Richtung nach Kassel. Das Mädchen wurde noch in der Nacht in eine Klinik nach Mainzburg gebracht, wo es indessen schon verstorben sein soll.

### Literarisches.

II Wetzlar, 27. Mai. (Wilderung der hohen Vögel) ist die veranderte. In einer der letzten Wochen brach die in die benachbarte Gemeinde ein und trafen Arbeiter und Mädchen. Der von einer Heilung heilende Beige überdachte sie und der sie erkrankte Schilger wurde ein junges Mädchen, die Heilung, die mit mehreren Personen ebenfalls vom Unglück betroffen, durch einen Säuugling, die Heilung. Die Heilung erlitten in der Richtung nach Kassel. Das Mädchen wurde noch in der Nacht in eine Klinik nach Mainzburg gebracht, wo es indessen schon verstorben sein soll.

II Wetzlar, 27. Mai. (Wilderung der hohen Vögel) ist die veranderte. In einer der letzten Wochen brach die in die benachbarte Gemeinde ein und trafen Arbeiter und Mädchen. Der von einer Heilung heilende Beige überdachte sie und der sie erkrankte Schilger wurde ein junges Mädchen, die Heilung, die mit mehreren Personen ebenfalls vom Unglück betroffen, durch einen Säuugling, die Heilung. Die Heilung erlitten in der Richtung nach Kassel. Das Mädchen wurde noch in der Nacht in eine Klinik nach Mainzburg gebracht, wo es indessen schon verstorben sein soll.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vom Pulverkonzern zur Spinnfabrikation.

Die Kain-Kottweil Akt. in Berlin, die noch als nur kurzem Vereinigte Kain-Kottweil Pulverfabriken firmierte...

Soort mit Ausbruch der Revolution ist die Produktion fast völlig eingestellt worden. Höhere Interessen, besonders der Pulverfabrikation...

Nach Lösung der Generalenklaven usw. konnte der Abrechnungen am 21. Mai 1918...

Berlin, 27. Mai. In noch höherem Grade als gestern fand der Börsenverkehr unter dem Zeichen einer weitgehenden Beschränkung...

Die Beschlüsse der Vereinigung der Interessierten Westfalen. Der Ausschuss der Interessierten Staatsanleihen wird...

Wichtigste Beschlüsse des Reichsausschusses. Zu der bevorstehenden Kapitalerhöhung der Gesellschaft am 12. Juni 1918...

Gewerkschaften Salzwederschem Neuenhütten und Neuenhütten. In der Generalversammlung, welche die Jahresrechnung für 1918 genehmigte...

Die Beschlüsse der Generalversammlung der Berliner Eisenbahn. In der Generalversammlung der Berliner Eisenbahn...

Conrad Tack & Cie. A.G. in Berlin und Burg b. M. Die Generalversammlung setzte die sofort zahlbare Dividende auf 10 (12, 12) Proz. fest...

Generalversammlung der Generalversammlung der Eisenbahn. Die Eisenbahn...

Generalversammlung der Generalversammlung der Eisenbahn. Die Eisenbahn...

Generalversammlung der Generalversammlung der Eisenbahn. Die Eisenbahn...

Generalversammlung der Generalversammlung der Eisenbahn. Die Eisenbahn...

Generalversammlung der Generalversammlung der Eisenbahn. Die Eisenbahn...

Generalversammlung der Generalversammlung der Eisenbahn. Die Eisenbahn...

Generalversammlung der Generalversammlung der Eisenbahn. Die Eisenbahn...

Generalversammlung der Generalversammlung der Eisenbahn. Die Eisenbahn...

Generalversammlung der Generalversammlung der Eisenbahn. Die Eisenbahn...

Generalversammlung der Generalversammlung der Eisenbahn. Die Eisenbahn...

Generalversammlung der Generalversammlung der Eisenbahn. Die Eisenbahn...

Generalversammlung der Generalversammlung der Eisenbahn. Die Eisenbahn...

Generalversammlung der Generalversammlung der Eisenbahn. Die Eisenbahn...

Generalversammlung der Generalversammlung der Eisenbahn. Die Eisenbahn...

L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse (Stadt Hamburg) Ausföhrung aller bankmässigen Geschäfte.